

Solidarisches Gesundheitssystem darf nicht zerstört werden

Ich stimme Herrn Kleinschmidt in seinem Beitrag vom 26.03.2010 in der Thüringer Allgemeine voll zu und würde ihn sogar noch erweitern. Unser solidarisches Gesundheitssystem darf nicht zerstört werden. Denn die beabsichtigte Kopfpauschale würde nicht nur Rentner und sozial schwache Schichten, sondern auch Geringverdiener zusätzlich belasten. In einem persönlichen Brief habe ich mich deshalb an unsere Bundeskanzlerin gewandt und Sie darum gebeten, unser solidarisches Gesundheitssystem nicht einer Kopfpauschale zu opfern. Denn die Kopfpauschale wäre zugleich der Einstieg in eine Mehrklassenmedizin mit immer mehr Zusatzbeiträgen für bisherige Standardleistungen. Der Gesundheitsminister der FDP, Herr Rösler, verspricht den Besserverdienenden eine angeblich gerechte Kopfpauschale. Gesundheitsexperten rechnen entsprechend Medienberichten mit einem einheitlichen Beitrag in Höhe von 170 Euro pro Versicherten. Das würde in erster Linie zu einer Entlastung der Besserverdienenden führen. Im Gegenzug würden die unteren Einkommensgruppen, zu denen auch Rentner gehören, einen höheren Krankenkassenbeitrag als bisher zahlen.

Nach dem Vorschlag von Herrn Rösler (FDP) soll zwar die höhere Belastung für sozial Schwache durch ein aufwendiges Verwaltungssystem sozial ausgeglichen werden. Aber wer gehört zu den sozial Schwachen? Dieser Ausgleich würde zudem hohe Kosten für den ohnehin überschuldeten Staat verursachen. Immer wenn der Staat sparen muss – und das muss er zukünftig noch mehr -, würde der Ausgleich für die sozial Schwachen auf den Prüfstand kommen und entsprechend gekürzt. Die sozial Schwachen und unteren Einkommensgruppen würden in diesem Fall noch mehr aus eigener Tasche finanzieren müssen als bisher. Der lahrende Konsum würde damit zugleich weiter geschwächt.

Generell würde die Einkommensschere weiter auseinander klaffen. Auch die durch die Gewerkschaften erstrittenen prozentualen Lohn- und Gehaltssteigerungen würden Netto bei einer gleichen Kopfpauschale für alle die Differenz zwischen den oberen und unteren Lohn- und Gehaltsgruppen weiter vergrößern.

Es müssen in unserem Land generell Strategien entwickelt werden, wie das Auseinanderdriften der Einkommensschere gebremst werden kann

und nicht, wie man sie durch eine Kopfpauschale weiter verschärft. Das kann nicht Sinn und Zweck einer Gesundheitsreform sein.

Ziel einer Gesundheitsreform muss es sein, für alle einen ungehinderten Zugang zu den Leistungen der Krankenkassen zu gewährleisten, das System von Bürokratie und Verwaltungskosten zu entschlacken. Dazu habe ich unserer Bundeskanzlerin u. a. folgende Vorschläge unterbreitet:

Ich halte es für sinnvoll, wenn im Gesundheitswesen mehr Einrichtungen nach dem Vorbild der ehemaligen Polikliniken geschaffen würden. Doppeluntersuchungen könnten somit reduziert und die Patientenverwaltung effizienter gestaltet werden. Zugleich müsste nicht mehr jeder Arzt über zu viel Hardware zur Untersuchung der Patienten verfügen und müsste nicht versuchen, diese wegen der Amortisation maximal - sondern nur entsprechend dem tatsächlichen Bedarf – auszulasten. Auch für die Patienten wären mehr solcher zentralen Einrichtungen von Vorteil. Sie müssten nur noch in ein Patientenhaus und nicht mehr zu mehreren Ärzten an verschiedenen Orten gehen. Viele Kranke sind in ihrer Bewegungsfähigkeit sehr eingeschränkt und nicht immer mobil.

Auch die Krankenkassen könnten durch weitere Fusionen helfen, Kosten zu sparen. Warum müssen wir so viele Krankenkassen mit eigenen Verwaltungsapparat und üppigen Vorstandsgehältern haben? Und jede Krankenkasse ist u. a. auch personell damit beschäftigt, anderen Krankenkassen die Mitglieder abzujagen. Ist das ihre Aufgabe?

Ich kann nur jedem raten, sich persönlich an unsere Politiker zu wenden, damit sie erfahren, wie das Volk über die Vorschläge von Herrn Rösler (FDP) denkt. Ich werde meine Bitte zum Erhalt unseres solidarischen Gesundheitssystems und meine Verbesserungsvorschläge im nächsten Schritt an alle Bundestagsabgeordneten richten. Mal sehen, was sie zur Meinung des Volkes sagen oder ob man sich damit begnügt, nur die Pharmaindustrie für die Missstände im Gesundheitswesen verantwortlich zu machen?

Andreas Koch
Gotha